

Weltkriegslogik oder: Welt im Krieg. Zu 15 Jahren Antiterrorkrieg.

Wir leben in Zeiten, da das Wort des französischen Philosophen Michel Foucault (+1984) gilt, man müsse heute unter dem Frieden den Krieg herauslesen. In Umkehrung des bekannten Clausewitz-Kriegsspruches kann man genauso gut davon sprechen, dass die Politik die Fortsetzung des Kriegs mit anderen Mitteln ist. Für das Jahr 2016 ist ein weiteres regierungsamtliches "Weißbuch" zur Bundeswehr, d. h. zur "Verteidigungs- und Sicherheitspolitik" der BRD angekündigt, liegt als Entwurf in den Schubladen längst vor. Darin wird man getreu des Neusprechs in George Orwells Roman "1984" davon schreiben, dass Krieg Frieden ist, und Rüstung und Aufrüstung diesem dienen.

Die "Neuen Kriege" können immer schwerer zeitlich oder räumlich eingegrenzt werden. Sie stellen ganz ähnlich wie in der erwähnten Zukunftsvision "1984" aus dem Jahr 1948 einen Zustand dar, in dem die Welt in drei miteinander verfeindete Machtblöcke Ozeanien, Eurasien und Ostasien zerfällt, die sich permanent im Krieg miteinander befinden. Man kann durchaus davon ausgehen, dass sich die wichtigsten Staaten der Erde nach dem Kalten Krieg als einem "Dritten Weltkrieg" mit dem "Krieg gegen den Terror" direkt oder indirekt betroffen und verwickelt in einem "Vierten Weltkrieg" befinden. Hinter dem Begriff "Antiterrorkrieg" verbirgt sich ein global verzweigter Weltordnungskrieg (R. Kurz), an dem ein Geflecht verschiedener Staaten auf z. T. unterschiedliche Weisen beteiligt ist, die in der Regel nicht gegen andere Staaten kämpfen, sondern gegen oppositionelle militante und militärische Akteure in ihrem Innern oder in sie umgebenden Territorien. Es ist Mode geworden, wie auch das Beispiel der Türkei im Kampf gegen das kurdische Volk und im Nordirak zeigt, eigenes aggressives Interventionshandeln unter dem Begriff "Krieg gegen Terror" zu deklarieren und rechtfertigen. Von einem "Weltfrieden" zu sprechen, der nach 1945 bis heute gehalten habe, ist dagegen eine schlichte irreführende Mär.

15 Jahre Antiterrorkrieg

Seit den "Luftangriffen" mit Zivilverkehrsflugzeugen auf die Welthandelsmetropole New York und das US-Pentagon in Washington vor 15 Jahren, wird weltweit ein sog. Antiterrorkrieg des Westens inszeniert und geführt mit einer erschreckenden Bilanz von Hunderttausenden Toten, hunderten Milliarden Dollar an Kosten, Zerstörung ganzer Städte und regionaler Infrastruktur. Als Antwort auf bewaffnete Angriffe auf Metropolen wie New York, London, Paris, Madrid mit unverhältnismäßigen asymmetrischen Kriegen wie im Irak, Afghanistan, Libyen, Syrien. Sie führten weder zu einem Ende des Terrorismus noch zu dessen Eindämmung, im Gegenteil. Für die Zivilbevölkerung führte es zu militärischen Eskalationen, vor allem aber zu einer beispiellosen Fluchtbewegung aus den betroffenen Ländern von den Peripherien in die Mitte Europas. Seit Anfang 2015 starben über zehntausend Flüchtlinge allein bei Überfahrten auf dem Mittelmeer. In diesem Jahr "feiert" die europäische Welt in Frankreichs Stadien ihr zentrales Fußballfest der Nationen, findet in Rio de Janeiro die Sommerolympiade statt. Beides kann nur noch unter großer Bedrohung und Angst sowie enormen polizeilichen und sondermilitärischen Schutzmaßnahmen geschehen. Der Terror in vielfältiger Form von Kollektivattentaten, Einzeltäter-Selbstmordaktionen bis hin zu gezielten Angriffen auf Menschen auf offener Straße, ist längst im Westen angekommen. Niemand ist vor ihm sicher, genauso wenig wie vor dem Terror von Staaten und weltumspannenden Wirtschaftsmonopolen. Es wird dies solange geben, wie es die Hauptursachen Krieg, neoliberale ausbeutende

Ökonomie, also herrschende unterdrückende Interessen und das weltweite Streben großer politischer Mächte nach Einflusszonen gibt. Es ist kein Geheimnis, dass man mit westlichen Interventionen und initiierten Stellvertreterkonflikten (Ukraine, Libyen, Syrien, Irak, Afghanistan) eine destabilisierende Strategie des "Regimechange" unliebsamer Staaten und ihrer Regierungen verfolgt. Der Widerstand in jenen Ländern hat und sieht nur noch die Möglichkeit, sich weltweit mit terroristischen Mitteln zur Wehr zu setzen. Das muss so drastisch festgestellt werden, bei aller Ummantelung dieses Terrors durch extremistische religiöse Ideologie und regionales Hegemoniebestreben, um wie im Fall des Islamischen Staats ein zusammenhängendes Kalifat zu schaffen. Es ist eine Gegenwehr aus dem Sumpf der "Verdammten" und "Vertriebenen", beginnend schon mit den Folgen der Kriege in Nahost seit 1948 und sich fortsetzend in der religiös-islamischen Revolution 1979 im Iran, die das faschistische Schah-Regime beseitigte, den westlichen Einfluss zurückdrängte und so für viele dort Lebende das islamistische Blatt wendete. Seit 1994 hat mit Pakistan erstmals ein islamischer Staat die Atombombe, während sich der Iran an der Schwelle dazu befindet. Das sorgte auch für eine weitere Verbreitung von militärischem nuklearem Know how. Der Westen, vor allem die USA, hetzten ihren aufgerüsteten Vasallen Irak mit Saddam Hussein in einen mehrjährigen Abnutzungskrieg, den ersten Golfkrieg, gegen das iranische Mullah-Regime. Der elfte September 2001 folgte erst lange danach. Als dies absehbar nicht zum gewünschten Ergebnis für den Golfpotentaten führte, besetzte er den kleinen, aber reichen Ölstaat Kuwait, um sich wenigstens an dessen Ölquellen schadlos zu halten. Damit hatte er aber den Bogen überspannt. Es wurde zum Anlass für den darauf folgenden zweiten Golfkrieg, um ihn zunächst militärisch in die Schranken zu weisen. Im dritten Golfkrieg schließlich wurde Husseins Herrschaft beendet und der Irak weitgehend zerschlagen. Die Geburtsstunde eines sich seither in einem sog. Islamischen Staat formierenden und konzentrierenden Terrors.

Es gibt im Umfeld der sich gegen den Westen richtenden Kräfte eine soziale Basis für den IS und andere Gewalt übende Vereinigungen wie Boko Haram (Nigeria) oder Al Queida. Sie existiert in Ländern wie Irak und Syrien genauso wie in Ländern des Maghreb, Libyen, Ägypten, Sudan, Mali, Somalia und Israel und inzwischen vermehrt auch in einigen westeuropäischen Ländern wie Frankreich, Belgien und Großbritannien, aus denen sich terroristische Kämpfer und Zellen rekrutieren. Wer als einzelner Palästinenser Israel oder seine StaatsbürgerInnen angreift, für den wird multiplizierte Vergeltung geübt, das eigene Haus zerstört, die Familie in Sippenhaft genommen, ganze Bevölkerungsteile in den Autonomiegebieten werden auf unbestimmt der zusätzlichen Kollektivrepression unterworfen. In einem Streifen von Nordafrika über das Horn von Afrika, Mittelost bis Vorderasien erstreckt sich ein brennendes Band, gekennzeichnet von teils schweren politischen Unruhen und Konflikten, destabilisierten Staaten und Bürgerkriegen, wovon derzeit neben der Atomnachrüstung mit die größte Bedrohung für den Weltfrieden ausgeht. Seriöse PublizistInnen und Islam-KennerInnen wie Michael Lüders oder Karin Leukefeld beschreiben und analysieren in ihren Büchern "Wer den Wind sät. Was westliche Politik im Orient anrichtet" (2015) oder "Flächenbrand. Syrien, Irak, die Arabische Welt und der Islamische Staat" (2015) die wahren Ursachen und Zusammenhänge. Wir können nicht umhin, als davor nicht länger die Augen zu verschließen. Der aktuelle Vorschlag deutscher Friedensforschungsinstitute, die ein jährliches Friedensgutachten (Mai 2016) erstellen, vermehrt auf den Ausbau von UN-Friedensmissionen" zu setzen, mutet eher etwas rat- und konzeptionslos an. UN-Blauhelme haben sich mit wenigen Ausnahmen bislang nicht gerade mit pazifistischem Ruhm bekleckert, in Srebrenica 1995 versagten sie komplett.

Stützpfeiler der Kriegslogik

Freilich sehen sich die "Angegriffenen" in westlichen Staaten als die, die sich im Recht befinden, also auch im Recht, zu "Verteidigungszwecken" nach eigenem Gutdünken kriegerische Mittel und Maßnahmen einzusetzen. In einem interpretierten Recht, um bis hin zu Foltergefängnissen wie Abu Ghraib und Guantanamo, zu gezielten Morden im Staatsauftrag an Terroristen durch bewaffnete Drohnen und Kommandounternehmen zu gehen, vorbei an jedem Internationalen Recht. Dass dies die Situation nur eskaliert und verschärft, ist eine wahre Binsenweisheit und wird billigend in Kauf genommen. Längst vertraut man nicht mehr in die Instrumente der UNO und OSZE, die man lange genug in vielen Konflikten zu eigenen Interessenszwecken missbraucht und manipuliert hat bis sie abgewirtschaftet hatten oder stumpf geworden waren. Statt der UN gibt es die sich nun über die ganze Welt speziell nach Osten erweiternde NATO, die G7- und G20-Gipfeltreffen, den IWF, die Welthandelsorganisation (WTO) und die Freihandelszonen, mit denen man einen Wirtschaftskrieg gegen die Ausgegrenzten, Schwachen und "Unwilligen" inszeniert. Das sind die Stützpfeiler imperialer kapitalistischer Kriegslogik der USA und ihrer Verbündeten. Krieg ist wesentlich das Ergebnis ziviler Ursachen: politischer, ökonomischer, psychologischer und ideologischer. Er ist die Fortsetzung versagender Politik, genauso wie sich Krieg in hegemonialer Politik fortsetzt. Ein Teufelskreis.

Hermetische Meinungseinfalt

Von den großen bürgerlichen Medien und bekannten populären TV-Talkrunden "Anne Will" über phoenix Runde, ARD-Pressclub bis Plasbergs "Hart, aber fair", wird die Friedensbewegung hierzulande in ihren Positionen und Handlungsvorschlägen weitgehend ignoriert und links liegen gelassen. Wer kann sagen, in den letzten sechs Monaten auf jenen Foren der eindimensionalen Mainstream-Meinungsbildung auch nur einmal VertreterInnen der Friedensbewegung gesehen oder gehört zu haben? Allenfalls diskutiert ein Populärphilosoph Richard D. Precht mit dem Doyen der neuen Kriegstheorie Herfried Münkler. Oder wird dem Lieblingsexperten der Medien, dem Schlafwandler-Historiker Sir Christopher Clark mit seinen grob verdrehenden Thesen zum Ersten Weltkrieg oder seiner antiquierten Preußen-Vorliebe das feuilletonistische Wort gegeben. Der Frieden wird sowohl als Theorie, wie politische Strategie wie als Wissenschaft der Friedens- und Konfliktforschung totgeschwiegen, es soll von ihm und über ihn möglichst wenig die öffentliche Rede sein. Eine alte Tradition christlicher Irenik scheint es in den Köpfen der Historiker und Politiker nicht zu geben. Historische Friedenskirchen wie die Quäker und Quäkerinnen, Mennoniten und Mennonitinnen geben schon seit Jahrhunderten beeindruckende Zeugnisse für gewaltfreies Handeln und Leben. Es zu berücksichtigen müsste zu zwingenden Konsequenzen führen. Es wird nach Lösungen gefragt, die immer nur die Lösungen der Herrschenden sind. Jene, die sich daran am meisten beteiligen, sind diejenigen, die in auftretenden internationalen Konflikten am lautesten zynisch rufen, wo denn die Friedensbewegung bleibe. Sogar die TAZ beteiligt sich an Diffamierungen, wenn zu jährlichen Ostermarschzeiten die im Vergleich zu früher relativ geringen Zahlen Demonstrierender bemüht und als ewig Gestrige lächerlich gemacht werden. Es existiert ein Katalog ständig ergänzter und überarbeiteter Schwerpunkte, an denen sich Friedenspolitik, so es aus Berlin eine gäbe, alternativ orientieren könnte. Die zur liberalen BürgerInnpartei staatsdomestizierten Grünen haben sich schon lange aus dem Spektrum der Friedensbewegung verabschiedet. Statt wie früher noch ein friedenspolitisches SprecherInnenamt gibt es nur noch ein verteidigungspolitisches. Im Verteidigungsausschuss des Bundestages nicken ihre Delegierten zumeist die Rüstungsvorhaben der Bundeswehr unkritisch ab. Einzig die oppositionelle Partei Die Linke erweist sich noch als politische Fürsprecherin von Friedens- und Antikriegspositionen.

Deutsches Weltmachtstreben?

Das Argument von Deutschland als (wieder) zur Weltmacht strebendem Staat verkennt zwei Dinge: 1. ist Deutschland politisch und ökonomisch bereits wieder eine zumindest europäisch tonangebende Weltmacht; 2. fehlt es der umspannenden Weltmachtoption eindeutig an militärischer Unterfütterung und Schlagkraft. Der Publizist Jörg Kronauer sieht in seinem Buch "Allzeit bereit. Die neue deutsche Weltpolitik und ihre Stützen" (2015) maßgeblich in der durch deutsche Think-Tanks wie German Marshall Fund (GMF) und Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin (SWP) beförderten Debatte um die Zukunft der deutschen Außenpolitik eine Kampagne auch unter Beteiligung des Bundespräsidenten Gauck am Werk "für eine neue deutsche Weltpolitik (mittels NGOs zur 'Neuen Weltordnung': Gelenkte Massenproteste, Lobbyismus und politische Beeinflussung)." Er identifiziert des Weiteren "Bestrebungen Berlins, nach Möglichkeit auf Augenhöhe mit den USA zu gelangen ..., um den Durchbruch Deutschlands zur offen dominierenden Macht in der EU" zu erreichen. Deutschland benutze dabei die EU als Mittel zur Weltmacht, den europäischen Einigungsprozess als Weg zur Parität mit den USA (zitiert nach pravda-tv.com).

Strategische Aspekte

Diese "Parität" wird von US-Seite sogar gewünscht und gefördert, sie braucht nicht noch durchgesetzt zu werden, denn die USA gedenken schon länger ihr hegemoniales Hauptaugenmerk auf den asiatisch-pazifischen Raum zu verlegen, begreifen sich unter Obama verstärkt als ordnende Pazifikmacht und dazu bedarf es der Entlastung in der atlantisch-mittelmeerischen Dimension. Deutschland ist nach seiner Teilnahme am Afghanistankrieg weiter am Antiterrorkrieg aktiv beteiligt durch Patriot-Raketenabwehreinheiten im Südosten der Türkei, Aufklärungstornados im syrischen Luftraum, eine Fregatte der Bundesmarine vor Libanons und Syriens Küste, durch ausbildende Militärberater in Kriegsregionen und Lieferungen "leichter Waffen" an "Verbündete" in Spannungs- und Konfliktgebieten. So sehr seinen Thesen im Grundsatz nach politischen, ökonomischen und ideologischen Gesichtspunkten zuzustimmen ist, übersieht Kronauer jedoch völlig, dass ein unentbehrliches Mittel auf dem deutschen Weg eine funktionierende starke Militärmacht ist, über die die BRD vor allem zur See und in der Luft so nicht und auch in absehbarer Zeit nicht verfügt! Kein einziger Abschnitt in seinem Buch widmet sich diesem wichtigen Aspekt. Deutschland kann seine "Weltpolitikpläne" daher nur im gezügelten paritätischen NATO-Rahmen verfolgen. Anderes würden verbündete, d. h. vor allem französische und britische Interessen gar nicht zulassen. Das ist eine Tatsache, nicht nur wegen der im Januar im Wehrbeauftragten-Bericht bekannt gewordenen gravierenden Ausrüstungs- und Personalmängel der Bundeswehr (mit schrumpfender Armeestärke) und auch ungeachtet der unter Ministerin von der Leyen beabsichtigten Aufrüstung in einer Dimension von 130 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030. Frankreich und Großbritannien investieren bei deutlich geringerer Bevölkerungszahl und schwächerem Bruttoinlandsprodukt (BIP) fast ein Fünftel (F mit 1,9 % vom BIP) bis knapp das Doppelte (GB mit 2,4 % vom BIP) mehr in ihre Militäretats als die BRD (34 Mrd. = 1,3 % vom BIP). Russland konnte trotz wirtschaftlicher Einbrüche durch die Krise 2008 und produktiver Stagnation aufgrund des Verfalls des Erdöl- und Erdgaspreises sowie seiner Abhängigkeit vom Rohstoffexport während Putins dritter präsidentialer Amtszeit seit 2012 strategischen Boden gutmachen. Es erhöhte seine Militärausgaben in den vergangenen zehn Jahren stetig auf das Doppelte, von 2005 43,6 auf 2015 91,08 Mrd. Dollar (de.statista.com). Russland trat an seiner westlichen Grenze mit dem nationalen Anschluss der als Seestützpunkt militärisch bedeutenden Krim 2014 sowie der Unterstützung separatistischer russischer Kräfte im bewaffneten Konflikt in der Südostukraine der NATO-Osterweiterung entgegen. Konkret bedroht wird Russland vom in Ost-Polen installierten strategischen US-

Raketenabwehrschirm, der Russlands atomare Zweitschlagsfähigkeit unterläuft. Mit seinem militärischen Auftreten als Verbündeter des syrischen Assad-Regimes im syrischen Bürgerkrieg mischte sich Putin aktiv in den Antiterrorkrieg ein, pochte auf seinen einzigen Marinestützpunkt im Mittelmeer im syrischen Tartus, errichtete bei Latakia einen Luftwaffenstützpunkt und unterstrich seinen Anspruch auf eine neue Rolle als weltpolitischer Akteur. Seit 2015 wird Russland daher auch von den Gipfeltreffen der G8 (G7) wieder ausgeschlossen. In Russland allerdings auf der Weltbühne eine "antiimperialistische Kraft" gegen die USA zu sehen, wie es z. B. einige Vertreter der DKP gerne sähen, ist eine völlige Verkennung der russischen Rolle und Ziele. Die gegenseitigen Sympathien von Putins neuem Imperium und europäischen Rechtspopulisten wie dem Front National, UKIP (GB) oder der AfD sind zudem offenbar.

Die USA (Militärbudget 5 % vom BIP; ca. 625 Mrd. Dollar = 40 % der Weltmilitärausgaben) verfügen weltweit neben ihren zahlreichen Stützpunkten und Militärbasen in Deutschland wie Ramstein, Frankfurt und Bitburg über derzeit zehn vollständig ausgestattete Flottenverbände mit atomaren Trägern und Begleitkampfschiffen, die ständig auf allen Weltmeeren kreuzen und jährlich zusammen allein schon etwa 11 Milliarden Dollar an Unterhalt verschlingen. Der im Ausrüstungsstadium befindliche neue 11. Atom-Flugzeugträger USS Gerald F. Ford soll gigantische 13 Milliarden Dollar kosten. Im ostasiatisch-pazifischen Raum verfolgen die USA mit ihren Verbündeten Australien, in dessen Norden zur Zeit ein US-amerikanischer Militärstützpunkt errichtet wird, Südkorea, Taiwan, und Japan gegenüber China und Nordkorea eine abgestufte ökonomisch-militärische Strategie der "Eindämmung" (AFTA-Freihandelszone) und errichtet um China im Halbkreis einen "Feuerschirm". Japan rüstet gegenwärtig seine Flotte mächtig mit Reichweiten vergrößernden Trägerkomponenten auf und hat sich von seiner "pazifistischen" Verfassung zugunsten einer offensiven Militärdoktrin für Auslandseinsätze verabschiedet. Es hält eine eigene konventionelle Mittelstreckenrakete bereit, die mit atomaren Komponenten versehen werden kann. Auf die USA und Russland entfällt derzeit das Gros von 90 % der noch immer rund 16.000 bereitgehaltenen Atomsprengköpfe. Deutschland ist wie die Niederlande, Italien und Türkei lediglich von den USA kontrollierter atomarer Teilhaberstaat (20 Atomsprengköpfe unter US-Verschluss in Büchel, einsetzbar von deutschen Tornados aus). Im pazifischen und ostasiatischen Raum sind China und Indien die mit großem Abstand umfassend aufrüstenden See- und Regionalmächte mit Atomträgern, Atom-U-Booten und See gestützten atomaren Mittel- und Langstreckenraketen mit jeweils einem eigenen militärisch-industriellen Komplex als Motor.

Wie stark gerüstet ist deutsches Militär?

Deutschland kann in diesem weltpolitischen strategischen Konzert nur bedingt mithalten, versucht vielmehr im Militärverbund der NATO eine bedeutende Teil-Rolle einzunehmen, der freilich auch Grenzen von den militärischen Fähigkeiten her gesetzt sind. Deutschland rangiert im Ranking der Armeen mit der größten Feuerkraft auf Platz 7 (manager magazin, 15.7.2014), dürfte tatsächlich aber noch hinter der Türkei, Israel und Japan auf Rang 11 liegen. Die deutsche Marine verfügt anders als die britische und französische weder über Flugzeug- noch Hubschrauberträger für Ferneinsätze noch eine Flotte von Atom-U-Booten, das militärische Rückgrat jeder Weltmacht auf nuklearer Basis. Die Bundesmarine besteht derzeit im NATO-Vergleich aus einem durchschnittlich starken Kontingent aus Fregatten (11), Korvetten (5), Einsatzgruppenversorgern (3), Trossschiffen (Tanker/Tender) und hochmodernen konventionellen U-Booten (4/6) mit Langstreckenreichweite. Der Zulauf von weiteren Mehrzweckkampfschiffen in Fregattengröße ab 2023 (4/6) ist vorgesehen. Das Schnellboot-Geschwader (8), das hauptsächlich für den flachen

Ostseeinsatzraum gedacht war, wird dagegen außer Dienst gestellt und durch die größeren, hochseefähigen Korvetten ersetzt. Zu den fliegenden Verbänden der Luftwaffe gehören Tornadokampfbomber (64), Aufklärungs-Tornados (21) und das Eurofighter-Mehrzweckkampflugzeug (122/140) in mehreren Taktischen Kampfgeschwadern sowie Kampf- und Transporthub-schrauber-Geschwader. Die bestellten Truppentransportmaschinen vom Typ A 400-M (54/45), die im Unterschied zur veralteten Transall die doppelte Luftfracht doppelt so schnell ans Ziel bringen können, sind bis auf wenige erste Maschinen noch immer nicht an die Luftwaffe ausgeliefert. Die im Zug der Neuausrichtung der Bundeswehr (HEER2011) gebildeten schnellen Eingreifverbände des Heeres (Division Schnelle Kräfte; Sollstärke: 9.500) als eine von drei Heeresdivisionen, bilden den Kern der Bundeswehr als "Armee im Einsatz" und sollen auch Kräfte für die NATO Response Force und EU-Battlegroup bereitstellen. Sie bestehen seit 2015 aus der 1. Luftlandebrigade "Saarland" (4.300 SoldatInnen), (die 2. Brigade "Oldenburg" wurde 2015 in deren Fallschirmjägerregiment 31 integriert), dem Kommando Spezialkräfte (KSK; 1.100), das auch in Afghanistan zum Einsatz kam, der vollständig integrierten 11. Luftbeweglichen Brigade der niederländischen Armee (2.100) und zusätzlichen Kampf- und Transporthub-schrauberregimentern. Die Marine verfügt zusätzlich zum KSK Marine (Kampfschwimmer) über das 2014 aufgestellte "Seebataillon" (800), die ersten echten deutschen "Marineinfanteristen" nach 1945. Die Übungskapazitäten in Manövern wurden noch unter den Verteidigungsministern Scharping, Struck, Jung, zu Guttenberg und de Maizière, als Russland kein erklärter Feind im Osten mehr zu sein schien, kein Warschauer Pakt mehr existierte, immer weiter zurückgefahren, schweres Gerät, vor allem Leopard 2-Panzer und Schützenpanzer Marder, reihenweise eingemottet oder ins Ausland (Polen, Türkei) verkauft. Der geplante Verkauf von 200 Leopard 2 an Saudi-Arabien wurde 2015 wegen der akuten Krisenlage (Saudi Arabien im Krieg mit dem Jemen) zunächst gestoppt. Man setzte im Antiterrorkrieg auch des aufwendigen Transports wegen auf leichtere und mobilere Kräfte. Viele Bundeswehr-Standorte wurden aufgelöst und in den Regionen ausgedünnt, die Truppenstärke auf deutlich unter 200.000 reduziert.

Die deutsche Armee, das kann so festgestellt werden, ist zur Zeit "bedingt einsatzbereit und einsatzfähig", obwohl unter von der Leyen der Trend gestoppt und umgekehrt wurde. Die Logistik einer weltweit operationsfähigen See- und Militärmacht sieht dagegen dennoch anders aus. Sogar Großbritannien geriet mit seiner Strafexpedition mit Seestreitkräften gegen Argentinien im Falklandkrieg 1982 schnell an seine operativ-logistischen Grenzen. Es müssen hier in dem Punkt also wichtige Abstriche an einer pauschalen militärisch gestützten weltmachtpolitischen Fähigkeit der BRD gemacht werden, denn das bedeutet noch immer, nicht nur politisch-ökonomisch, sondern auch militärisch starke Macht zu sein!

© EK/HB, 24.6.2016.